

Imperiale Gier nach Energie

Nicolás Maduro argumentierte lange Zeit, dass das Leiden Venezuelas und der palästinensische Kampf keine getrennten Tragödien seien, sondern Manifestationen desselben globalen Verbrechens: imperialer Herrschaft, getrieben von einer unstillbaren Gier nach Energie. In Rede um Rede denunzierte Maduro, was er als ein gemeinsames Schicksal beschrieb, das durch von den USA unterstützte Aggression auferlegt wurde – eines, in dem souveräne Völker ihrer Autonomie beraubt, Blockaden unterworfen und für den Besitz von Ressourcen bestraft werden, die von globalen Mächten begehrt werden. Die Geschichte hat seine Warnung nun bestätigt. Venezuela und Palästina stehen als parallele Opfer der räuberischen Verfolgung fossiler Brennstoffe durch Amerika – Öl, Gas und Energiekontrolle um jeden Preis.

Venezuela und Palästina: Eine gemeinsame anti-imperialistische Front

Die Ausrichtung Venezuelas auf Palästina war kein rhetorisches Theater oder diplomatischer Opportunismus. Sie war ein grundlegender Pfeiler des Chavismus, vererbt von Hugo Chávez und unter Maduro aufrechterhalten. Seit seinem Amtsantritt 2013 stellte Maduro die Besatzung Palästinas konsequent als untrennbar von der eigenen Belagerung Venezuelas durch Sanktionen und Zwang dar. Venezuela brach 2009 die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab, lieferte humanitäre Hilfe während wiederholter Gaza-Krisen und verurteilte israelische Handlungen als von US-Macht ermöglichte Verbrechen.

Maduro beschrieb Gaza wiederholt als Laboratorium kollektiver Bestrafung – gespiegelt, so argumentierte er, durch die wirtschaftliche Erdrosselung Venezuelas durch US-Sanktionen. Er warf Washington und seinen Verbündeten vor, „Völkermord“ in Gaza zu ermöglichen, während sie „wirtschaftlichen Terrorismus“ gegen Caracas führten. In einer Rede 2024 erklärte er den palästinensischen Kampf zur „heiligsten Sache der Menschheit“ und verknüpfte ihn explizit mit dem Widerstand Venezuelas gegen US-Versuche, die Kontrolle über seinen Ölreichtum zu ergreifen.

Diese Warnungen wurden von Kritikern als ideologische Pose abgetan. Doch die Ereignisse seitdem haben sie erschreckend vorausschauend gemacht. Maduro argumentierte, dass rohstoffreiche Nationen nicht nur unter Druck gesetzt, sondern gezielt angegriffen werden – durch Sanktionen, Stellvertreterkonflikte und direkte Gewalt – bis gefügige Regime installiert sind. In Palästina verwies er auf die israelische Blockade Gazas als bewusste Strategie, um Palästinensern die Kontrolle über ihre eigenen natürlichen Ressourcen zu verweigern, einschließlich des Gaza-Marine-Gasfeldes. In Venezuela galt dieselbe Logik für Öl. Da fossile Brennstoffe trotz der Rhetorik vom Energiewandel zentral für geopolitische Macht bleiben, hat sich der US-Interventionismus verstärkt und Maduros Analyse in gelebte Realität verwandelt.

Venezuela: Bestraft für den Schutz seines Öls

Der immense natürliche Reichtum Venezuelas hat es lange zur Beute fremder Mächte gemacht. Mit über 300 Milliarden Barrel nachgewiesener Ölreserven – den größten der Welt –, größtenteils konzentriert im Orinoco-Gürtel, stellt das Land einen Preis dar, der für energiegeliche Mächte zu wertvoll ist, um ignoriert zu werden. Unter Maduro widerstand das staatliche Ölunternehmen PDVSA der Dominanz US-amerikanischer Konzerne und kooperierte stattdessen mit Russland, China und dem Iran bei Projekten wie Carabobo und Junín.

Die Antwort war wirtschaftliche Kriegsführung. Ab 2017 lähmten US-Sanktionen systematisch die venezolanische Wirtschaft und reduzierten die Ölproduktion von etwa 2,5 Millionen Barrel pro Tag auf unter eine Million. Maduro beschrieb diese Sanktionen konsequent nicht als Mittel zur Förderung der Demokratie, sondern als Instrumente des Diebstahls – dazu bestimmt, Venezuela zur Unterwerfung zu zwingen und seine Ölfelder für US-Kontrolle zu öffnen.

Dieses Ziel wurde am 5. Januar 2026 explizit, als US-Militärschläge Caracas trafen und Nicolás Maduro gefangen genommen wurde. Präsident Trump rechtfertigte die Operation als Kampagne gegen „Narco-Terrorismus“, doch seine eigenen Worte rissen jede Tarnung weg. In Mar-a-Lago erklärte Trump: „We will run the country until such time as we can do a safe, proper and judicious transition.“ Er betonte, dass die US-Verwaltung Venezuelas „won't cost us a penny“ kosten würde, da Öleinnahmen – „the money coming out of the ground“ – die amerikanischen Bemühungen erstatten würden.

Das war keine Anomalie. Es folgte einem vertrauten imperialen Skript, das an Irak und Libyen erinnerte, wo Regimewechsel den Weg für Energiezugriff ebnete. Maduros Entfernung, international als Aggressionsakt verurteilt, bestätigte, wovor er jahrelang gewarnt hatte: Venezuelas Öl machte es zum Ziel. Trumps unverhohlene Fixierung auf Ressourcengewinnung entlarvte die Intervention als das, was sie war – einen Energieraub, getarnt als Sicherheitsmaßnahme.

Gaza Marine: Palästinas gestohlene Zukunft

Die Erfahrung Palästinas folgt derselben Logik. Im Jahr 2000 wurde das Gaza-Marine-Gasfeld etwa 36 Kilometer vor der Küste entdeckt und enthält schätzungsweise eine Billion Kubikfuß Erdgas. Obwohl bescheiden im globalen Maßstab, stellt das Feld eine Lebensader für palästinensische Energieunabhängigkeit dar. In palästinensischen Hoheitsgewässern gemäß UNCLOS gelegen, hätte Gaza Marine die Wirtschaft Gazas transformieren sollen.

Stattdessen wurde die Entwicklung erdrosselt. Israelische Beschränkungen, militärische Kontrolle und die anhaltende Besatzung verhinderten, dass Palästinenser Zugang zu ihren eigenen Ressourcen erhielten. Befürworter argumentieren, dass Israels Blockade und wiederholte Militärkampagnen – diplomatisch und militärisch von den Vereinigten Staaten un-

terstützt – nicht nur Sicherheitsziele, sondern auch wirtschaftliche dienen: Palästinensern die Souveränität über ihren natürlichen Reichtum zu verweigern.

Seit dem Krieg ab Oktober 2023 haben sich diese Bedenken verstärkt. Vorwürfe häuften sich, dass massenhafte Vertreibung in Gaza die israelische Ausbeutung von Gaza Marine erleichtern könnte, um es in regionale Energienetze mit US-Unterstützung zu integrieren. Israels Vergabe von Erkundungslizenzen in angrenzenden Gewässern 2023, kombiniert mit einem 35-Milliarden-Dollar-Gasexportabkommen mit Ägypten, nährte Vorwürfe bewussten Ressourcendiebstahls. Während dieses Prozesses schützte die USA Israel diplomatisch, vetierte UN-Resolutionen und priorisierte Energiesicherheit im Levante-Becken über palästinensische Rechte.

Die Parallele zu Venezuela ist unverkennbar. In beiden Fällen verhindern Sanktionen, Blockaden und Gewalt, dass lokale Bevölkerungen von ihren eigenen Ressourcen profitieren, während externe Mächte sich positionieren, um zu gewinnen.

Das Recht zerschmettert

Die US-Intervention in Venezuela und Trumps eigene Aussagen werfen schwerwiegende rechtliche Konsequenzen nach internationalem und nationalem Recht auf.

Venezuela unter Besatzung

Indem Trump offen erklärte, die USA würden Venezuela während einer Übergangsperiode „führen“, schuf er die rechtlichen Bedingungen einer Besatzung. Gemäß Artikel 42 der Haager Landkriegsordnung von 1907 besteht Besatzung, wenn Territorium unter die Autorität einer feindlichen Armee gestellt wird, die effektive Kontrolle ausübt. Die Operation vom 5. Januar 2026 – kombiniert aus Militärschlägen und der gewaltsamen Entfernung des venezolanischen Staatsoberhauptes – erfüllt diese Definition und löst Verpflichtungen unter den Genfer Konventionen aus.

Das Völkerrecht ist eindeutig: Eine Besatzungsmacht darf natürliche Ressourcen nicht zu eigenem Nutzen ausbeuten. Artikel 55 der Haager Landkriegsordnung beschränkt den Besatzer auf Usufrukt – vorübergehende Verwaltung ohne Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen. Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention verbietet explizit Plünderung und klassifiziert solche Ausbeutung als Kriegsverbrechen gemäß dem Rom-Statut. Trumps Versprechen, dass US-Ölkonzerne von Venezuelas Öl profitieren und Einnahmen amerikanische Kosten erstatten würden, signalisieren klare Absicht, diese Verbote zu verletzen.

Die Entführung eines Staatsoberhauptes

Die Gefangennahme Nicolás Maduros verschärft diese Verletzungen. Gewohnheitsmäßiges Völkerrecht, bestätigt durch den Internationalen Gerichtshof im Fall *Arrest Warrant* (2002), gewährt amtierenden Staatsoberhäuptern absolute Immunität vor ausländischer Strafgerichtsbarkeit. Die gewaltsame Entfernung Maduros ohne Zustimmung oder Auslieferung verletzt Artikel 2(4) der UN-Charta, der den Einsatz von Gewalt gegen die Souveränität eines Staates verbietet. Rechtswissenschaftler warnen, dass diese Handlung Staats-

verantwortung, Wiedergutmachung und Prüfung durch den Internationalen Strafgerichtshof einlädt und ein Präzedenzfall setzt, der diplomatische Normen weltweit untergräbt.

US-Recht ignoriert

Innerhalb der USA kollidiert die Intervention mit der War Powers Resolution von 1973. Der Präsident darf US-Streitkräfte nur mit Kongressgenehmigung oder bei einem nationalen Notfall durch einen Angriff auf die Vereinigten Staaten in Feindseligkeiten einsetzen. Trumps „Narco-Terrorismus“-Rechtfertigung erfüllt diesen Standard nicht. Kein unmittelbarer bewaffneter Angriff bestand. Die Operation stellte daher eine unrechtmäßige Einleitung von Feindseligkeiten dar, unter Umgehung des Kongresses und echoend Kontroversen um frühere Interventionen wie Libyen 2011.

Palästina und Venezuela: Dasselbe Verbrechen, unterschiedliche Namen

Diese Verletzungen spiegeln Israels langjährige Ausbeutung palästinensischer Ressourcen wider. Im Westjordanland leitet Israel schätzungsweise 80 % des gemeinsamen Grundwassers für Siedlungen und häuslichen Gebrauch um und beschränkt palästinensischen Zugang schwer – ein weiterer Bruch des Besatzungsrechts. In Gaza behindert Israels Verhinderung palästinensischer Kontrolle über Erdgas, kombiniert mit seinem 35-Milliarden-Dollar-Exportabkommen mit Ägypten, das im Dezember 2025 unterzeichnet wurde, wirtschaftliche Dominanz, während Palästinenser entrechtet bleiben.

Wie in Venezuela dauert die Besatzung nicht nur aus Sicherheitsgründen an, sondern aus Profitgründen.

Schluss

Maduros Verknüpfung von Venezuela und Palästina war weder Übertreibung noch Propaganda – sie war Diagnose. Beide Gesellschaften, reich an wertvollen fossilen Brennstoffen, wurden für die Assertion ihrer Souveränität bestraft. Beide erlitten Blockaden, Sanktionen und militärische Gewalt, um Widerstand zu brechen und Ressourcengewinnung zu erleichtern. Solange Öl und Gas globale Macht untermauern, wird imperiale Gier weiter als humanitäre Intervention tarnen.

Gerechtigkeit erfordert mehr als Rhetorik. Sie erfordert das Ende von Besatzungen, die Wiederherstellung von Ressourcensouveränität und die Konfrontation mit dem Energieimperialismus, der moderne Konflikte antreibt. Maduro mag zum Schweigen gebracht worden sein, doch die Wahrheit, die er artikulierte, besteht fort – und ebenso der gemeinsame Kampf, den er benannte.